

Wochenblatt.

Demokratisches Organ.

Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postversendung:
 Monatlich 7 K. — h
 Vierteljährig 20 K. — h
 Halbjährig 40 K. — h
 Ganzjährig 80 K. — h
 Mit täglich zweimaliger Postversendung:
 Monatlich 8 K. — h
 Vierteljährig 28 K. — h
 Halbjährig 46 K. — h
 Ganzjährig 92 K. — h

Für das Ausland:

Mit täglich einmaliger Postversendung:
 für Deutschland vierteljährig 26 K.
 für die andern Länder des Weltpostvereines 28 K.

Bei den Postämtern vierteljährig:

In Deutschland Post 12.50, Schweiz Fr. 16.50, Bulgarien Fr. 18.—

Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländ. Annoncenbüros.

Sonntag, den 1. September 1918.

52. Jahrgang.

Was wollen die Polen?

Von Dr. Heinrich Friedjung.

Das schwere an den Polen durch die Teilung ihres Reiches begangene Unrecht kann nicht mehr ungeschehen gemacht werden, wie sich überhaupt anderthalb Jahrhunderte aus der Geschichte eines Volkes und in diesem Falle auch Osteuropas nicht auslöschung lassen. Die Wiederaufrichtung des polnischen Staates ist jedoch ein von den Mittelmächten unternommener Sühnversuch. Die besten Köpfe Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, Staatsmänner, Gelehrte, Volkswirte, verwenden ein tüchtiges Stück geistiger Arbeit an den Entwurf der künftigen Staats- und Volksverfassung Polens im Rahmen des Bundes der Mittelmächte. Die Kabinette von Wien und Berlin haben jedes die Grundzüge der künftigen Gestaltung Polens festgesetzt und machen aus ihren Plänen kein Geheimnis, wenn die Einzelheiten auch noch nicht enthüllt sind. Die österreichisch-ungarische Regierung bietet den Polen einen aus Kongresspolen und Galizien zusammengesetzten Staat an unter der Bedingung, daß das neue Gemeinwesen als drittes der bestehenden Realunion Oesterreichs und Ungarns beitrete. Unter vollständiger Wahrung staatlicher Selbständigkeit, wie sich ihrer das heißblütige und volksaftige Ungarland erfreut, soll Polen ebenso wie die zwei Bruderstaaten die Leitung seines Heerwesens und seiner äußeren Politik der gemeinsamen österreichisch-ungarisch-polnischen Regierung anvertrauen. Das ist die Voraussetzung, unter der Oesterreich das zukunftsreiche Land Galizien aus seinem Staatsverbande zu entlassen bereit wäre.

Ebenso klar ist das Angebot der deutschen Regierung. Sie besteht auf der Anlehnung des aus Kongresspolen zu bildenden Staates an das Deutsche Reich, so zwar, daß er bei sonstiger innerer Unabhängigkeit militärisch wie diplomatisch nicht von Wien, sondern von Berlin aus die Richtlinien zu erhalten hätte. Damit aber Oesterreich-Ungarn sich nicht benachteiligt fühle, wäre ein habsburgischer Prinz zum König von Polen zu erheben. Mühte dagegen Kongresspolen der triallistischen habsburgischen Monarchie überlassen werden, dann besteht die deutsche Staats- und Heeresleitung an der Württemberg gewisser militärisch wichtiger Gebiete, insbesondere nördlich vom Narew, um Ostpreußen nach Süden durch einen Flußlauf und dessen Sümpfe wie durch die bereits von den Russen erbauten Festungen zu sichern. Auf der andern Seite erklärt sich die deutsche Regierung bei einer ihr genehmen Lösung bereit, nicht bloß das Narewgebiet bei Polen zu lassen, sondern weiterhin für dessen Erweiterung im Osten, also gegen Litauen und die Ukraine, zu sorgen. Oesterreich-Ungarn bringt also als Mitgift in die politische Ehe mit Polen das Königreich Galizien mit, Deutschland das Narewgebiet und, wie es scheint, auch Wilna, ferner schöne Stütze des Cholmer Landes. Noch sind die zwei Großmächte nicht einig, aber jede von ihnen besitzt ein fest umrissenes Programm.

Was aber wollen die Polen? Ja, wer das mühte! Es ist für die Mittelmächte eine schwere Unzulänglichkeits, für Polen aber geradezu ein Verhängnis, daß bei der unter ihnen herrschenden Uneinigkeit die Stimme des tapferen und hochbegabten Volkes nicht zur Geltung gelangen kann.

Kürzlich kam der Direktor der Abteilung für äußere Politik im polnischen Ministerium zu Warschau Prinz Radziwill nach Berlin und Wien, also der Mann, der berufen wäre, über die Absichten des Staatsrates und des Ministeriums Aufschluß zu geben. Er aber erklärte jedermann, der es hören wollte, daß er nicht erschienen sei, um Vorschläge über die Zukunft des Königreiches Polen zu machen, sondern um sich über die Absichten der Regierungen und Parteien Deutschlands wie Oesterreich-Ungarns zu unterrichten. Der nächste Zweck seiner Reise sei übrigens, die Mittelmächte zu bestimmen, ihre Generalgouvernements in Warschau und Lublin aufzulösen und die Verwaltung des Königreiches vollständig in die Hände des polnischen Ministeriums zu legen. Dieser Wunsch ist begreiflich, seine Erfüllung wäre billig, denn endlich soll und muß sich das Königreich in der Selbstregierung erproben. Wie zu erwarten, erwiderten die Staatslenker zu Wien und Berlin, sie wären ihrerseits, wenn sie zustimmen sollen, doch begierig zu wissen, wie sich ihre polnischen Freunde das künftige Verhältnis ihres Staates zu den Mittelmächten denken. Darauf erfolgte keine bestimmte Antwort, die Prinz Radziwill aus naheliegenden Gründen auch nicht erteilen konnte.

Steht doch hinter den Sendboten des polnischen Ministeriums kein einiges Volk. In diesem gibt es in der Hauptsache — von festgeschlossenen Parteien läßt sich nicht sprechen — zwei Gruppen, die der Aktivisten, die den Anschluß an die Mittelmächte anraten, und die der Passivisten, die, wie der Name besagt, untätig zu warten empfehlen, bis der Schlachtengott an der französischen Kampffront die Entscheidung bringt: dann werden die edlen Herren ihren Mund aufstun und sich auf die Seite des Siegers schlagen. Im Innern hoffen diese Menschenfreunde auf die Niederlage Deutschlands, worauf Wilson, Lloyd George und Clemenceau aus dem Leibe der Mittelmächte dasjenige herauszuschneiden sollen, was ein polnisches Herz nur begehrt. Solche Gefinnung, oder besser gesagt, Gefinnungslosigkeit muß die Fremde Polens in Mitteleuropa unangenehmer berühren als selbst die Anwesenheit von Söhnen dieses Volkes in den Reihen der Heere Frankreichs und Amerikas. Diese Kämpfer sind ehrliche Feinde, die für ihre Anschauung mit dem Leben einstehen; die Passivisten aber oder Neutralisten, wie sie sich auch nennen, sind Fleisch vom Fleische derjenigen Ehrenmänner, die sich bei der ersten Teilung ihres Staates darauf berufen haben, die große Kaiserin Katharina sei unüberwindlich und unwiderstehlich, es sei am besten, der Schwache suche bei dem Starken Schutz. Sie gleichen der Hirschkuh, die kalten Blutes zuseht, wie sich die kämpfenden Hirsche blutig bekämpfen, um sich dann demjenigen Männchen zu ergeben, welches das andre niedrigergerungen hat. So aber kann ein Staat nicht gegründet werden. Niemals in der Geschichte schuf solche Gefinnung etwas Positives, Lebensfähiges. Würde ganz Polen nach den Passivisten zu beurteilen sein, so wäre es für immer zur Staatslosigkeit verdammt. Das unglückliche Land hätte nichts als eine vierte Teilung zu erwarten. Dieses Schicksal aber soll Polen erspart bleiben, dafür bürgt die Loyalität der Mittelmächte, die ihr Versprechen einlösen werden, auch wenn sich der Seele des